

### Streik und Schulqualität:

## **Es geht nicht nur ums Geld – die Schulqualität ist gefährdet!**

Am Anfang waren es nur sechs Schulen in Berlin. Beim letzten Streik im Oktober beteiligten sich rund 400 Schulen und mehrere tausend angestellte Lehrkräfte. Unserer Forderungen sind jedoch noch immer nicht erfüllt. Deshalb wird jetzt wieder gestreikt: Am 4. und 5. Dezember. Es sind der 16. und 17. Streiktag in einem Arbeitskampf, der seit einem Jahr anhält.

Neben der Frage um eine **tarifrechtliche Gleichstellung der 9000 angestellten Lehrkräfte** wird im nächsten Jahr ein neues Problem hinzukommen: der **Lehrkräftemangel in der Region Berlin-Brandenburg**. Gesucht werden zum neuen Schuljahr insgesamt über 3000 junge Nachwuchspädagogen – 2300 in Berlin und 1000 in Brandenburg.

Es geht also nicht nur ums Gehalt! Denn die **Attraktivität des Lehrer/innen-Berufs** steht im direkten Zusammenhang mit der **Sicherstellung des Lehrkräftebedarfs**. So oder so: Die Sicherstellung der **Schulqualität** ist gefährdet.

*Angestellte Lehrkräfte fordern einen Tarifvertrag statt einem Lohndiktat sowie gleichen Lohn für gleiche Arbeit – ganz im Sinne des gerade verfassten Koalitionsvertrages!*

Finanzsenator und Bildungssenatorin scheinen stets bemüht zu unterstreichen, wie großzügig der Berliner Senat die Pädagogen bezahlt – und wie undankbar die großzügig bezahlten Beschäftigten sind. Die initiierte **Neiddebatte** und die öffentliche Darstellung der „maßlosen Lehrer“ verdecken den Blick auf die **rechtlichen und politischen Fragen** dieses Problems. Und die sind entscheidend!

Auf der rechtlichen Ebene sind drei Aspekte zu beachten. Erstens verwundert es sehr, wie leichtfertig in diesem Fall mit der Verfassung umgesprungen wird. **Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz (GG) beschreibt das** Prinzip der „Tarifautonomie“. Diesem entspringt das Recht der Gewerkschaften, für ihre Mitglieder Tarifverträge verbindlich auszuhandeln. Da die Tarifautonomie auch das Recht zu Arbeitskämpfen einschließt, werden sich angestellte Lehrkräfte stets auf das Grundgesetz berufen können. Es ist sehr bedenklich, wenn eine Gewerkschaft, die **allgemein anerkannte und historisch erkämpfte Rechte der angestellten Arbeitnehmer** öffentlich vertritt und fordert, von allen Seiten aufs Schärfste kritisiert wird. Arbeitskämpfe sind als Teil der Grundrechte zulässig! Und dazu gehören auch Streiks!

Zweitens erscheint demokratische Partizipation auch im Sinne des Schulgesetzes unerwünscht. Lehrerinnen und Lehrer gehören ins Klassenzimmer und nicht auf die Straße! Dem **Berliner Schulgesetz** entsprechend sollen aber alle Schülerinnen und Schüler zu mündigen Bürgern erzogen und in der Urteilskompetenz ausgebildet werden. Die angestellten Pädagogen praktizieren also „nur“, was sie theoretisch vermitteln sollen: **aktive Teilhabe an einer lebendigen Demokratie**.

Schließlich ist auf der rechtlichen Betrachtungsebene ein drittes Argument nicht zu vernachlässigen: **Im April dieses Jahres wurden die Streiks vom Berliner Arbeitsgericht für rechtmäßig erklärt**. Dass sich der Finanzsenator einer höchst richterlichen Entscheidung widersetzt, ist ein unglaublicher Politik-Skandal ist. Der Finanzsenator wird wissen, weshalb er nach seiner großen Ankündigung, nun ein Hauptsacheverfahren anstreben zu wollen, nichts mehr dazu hat verlauten lassen.

Neben dieser rechtlichen Legitimation des Arbeitskampfes sind die **Beweggründe der angestellten Lehrkräfte in Berlin** nicht weniger bedeutend, denn ihr Gehalt beruht auf **Zulagen und nicht auf tarifvertraglichen Regelungen**.

Diese Tatsachen erscheinen auf der politischen Betrachtungsebene und vor der Diskussion um den gerade verfassten **Koalitionsvertrag** besonders brisant. Dort spielt die **tarifvertragliche Bezahlung und die Lohngerechtigkeit** eine herausragende Rolle. Die Absichten Merkels und Gabriels legitimieren den Arbeitskampf der angestellten Lehrkräfte in Berlin damit zusätzlich.

Wer den Angestellten also zum einen das Recht zum Arbeitskampf abspricht und zum anderen ihrem Anliegen mit Unverständnis begegnet, darf dem Koalitionsvertrag nicht zustimmen. Das gilt auch für die amtierende Große Koalition in Berlin.

*Alle wollen junge, hochqualifizierte und motivierte Lehrkräfte, allen ist die Schulqualität eine Herzensangelegenheit – der Arbeitskampf leistet dazu einen wesentlichen Beitrag!*

Jedes Jahr aufs Neue zittern die politisch Verantwortlichen, ob es gelingt, den Lehrkräftebedarf zu decken. „Irgendwie“ hat das ja bisher immer geklappt. Aber wir wissen nicht nur aus den Medien, dass in den Schulen das „irgendwie“ kuriose Formen angenommen hat: Es fällt nach wie vor Unterricht aus; es wird fachfremd unterrichtet und die Qualität der Bewerber spielt schon lange keine wesentliche Rolle mehr. Einstellung ist Einstellung. Die Zahlen auf dem Papier müssen stimmen.

Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler. Unterrichtsausfall oder fachfremder Unterricht sind in Berlin an der Tagesordnung. Die Flickschusterei zur Deckung des Unterrichtsbedarfs ist offenkundig:

- a. An keinem Tag des Jahres steht den Schulen in der Praxis eine Ausstattung mit Lehrkräfte-Personal von 100% zur Verfügung! Jeden Tag fallen an jeder Schule Stunden aus. Eine verlässliche Statistik zum Unterrichtsausfall existiert nicht, da Stundenausfälle in den Statistiken verschwinden.
- b. Derzeit wird ein nicht unerheblicher Teil des Unterrichts von ca. 700 Vertretungslehrer/-innen (sog. PKB-Kräften) erteilt, von denen über 300 nicht über das erste Staatsexamen verfügen. Die Qualität des Unterrichts ist in diesen Fällen nicht gesichert.
- c. Ein zunehmender Teil des Unterrichts wird von Quereinsteigern ohne pädagogische Ausbildung erteilt. Deren Nachqualifizierung erfolgt teilweise erst mit Verzögerung und unter extremer Belastung der Teilnehmer/innen.
- d. Einstellungen erfolgen ungeachtet der Qualität des Abschlusses. Es besteht keine Auswahlmöglichkeit, da man auf jede Einstellung angewiesen ist.

Die genannten Zustände finden sich an jeder der rund 800 Schulen in Berlin. Täglich sind es die jungen Menschen und deren Eltern, Lehrkräfte, Erzieher, Sozial- und Sonderpädagogen, die unter widrigen Umständen probieren, daraus das Beste zu machen.

Hinzu kommt das zweifelhafte „Maßnahmenpaket zur Attraktivitätssteigerung“, das die Beschäftigten als Beleidigung empfinden. Die ungerechte Entlohnung und die mangelnde Wertschätzung treiben die Angestellten – mit viel Zuspruch der Beamten – auf die Straße! Der Vorwurf der „Geldgier“ ist eine oberflächlich verkürzte Darstellung, bei der alle sachlichen und verfassungsrechtlich gesicherten Aspekte, sowie die Frage nach der Schulqualität, außer Acht gelassen werden.

Das „Irgendwie“ wird künftig nicht mehr reichen. Denn der Bedarf an jungen qualifizierten Lehrkräften war nie so groß wie heute. Gebraucht werden in Berlin **2300**; in Brandenburg **1000**. Es ist keine Schwarzmalerei, wenn man konstatiert: Die Lage wird sich 2014 dramatisch zuspitzen.

Brandenburg bietet den Beamtenstatus und hat angekündigt, die Pflichtstundenzahl zu senken. Berlin bietet eine Arbeitszeiterhöhung, tariflose Zulagen und ein Einstiegsgehalt, das dem Endgehalt entspricht. Daneben fehlen Anreizsysteme zur Besetzung von höheren Funktionsstellen. Auch der Berliner Senat muss erkennen, dass es eine Kausalität von Arbeitskampf, Lehrkräftebedarf und Schulqualität gibt. Und **die ungleiche Behandlung angestellter Lehrkräfte gefährdet nachhaltig die Ausstattung der Berliner Schule mit qualifizierten Lehrkräften!**

**Bildet Berlin!**

i.A. Florian Bublys